Inhaltsverzeichnis

I CII.	Orundiagen des deutschen Schornstennegerreents	1
§ 1	Die Organisation des Schornsteinfegerwesens als Rechtsproblem.	1
I.	Hintergrund der Untersuchung	
1.	Rechtstatsächliche Organisation des Schornsteinfegerwesens	1
	Kritik an der Organisation des Schornsteinfegerhandwerks	
	a) Verfassungsmäßigkeit	4
	b) Europarechtliche Diskussion	
	aa) Kritik durch die Europäische Kommission	6
	bb) Rechtswissenschaftliche Gutachten	
3.	Gesetz zur Neuregelung des Schornsteinfegerwesens	
II.	Vorläufige Problemformulierung	
III.	Gang der Untersuchung	. 13
§ 2	Die geschichtliche Entwicklung des Schornsteinfegerwesens in	
	Deutschland	
I.	Entstehung des Schornsteinfegerhandwerks in seiner Besonderheit	. 15
	Von einer Nebenarbeit zum eigenen Handwerk	
	Entstehung eines Kehrzwangs	
3.	Zunftzwänge und Kehrbezirke	
	a) Entstehung besonderer Kehrbezirke aus Zunftzwängen	
	b) Gewerbefreiheit und Kehrbezirke	
	c) Gewerbeordnung und Kehrbezirke	
II.	Die Quellen des Schornsteinfegerrechts und ihre Entwicklung	
1.	Verordnungen über das Schornsteinfegerwesen	. 22
	a) VOSch 1935 und VOSch 1937	
	b) Änderung im Jahr 1952 und VOSch 1964	
2.	Das Schornsteinfegergesetz	. 25
3.	Weitere Regelungen mit Bezug zum Schornsteinfegerhandwerk	
	a) Bundesrecht	
	b) Landesrecht	. 28
§ 3	Organisation des deutschen Schornsteinfegerwesens durch das	•
_	SchfG	
I.	Begriffserklärung	
1.		. 30
	Der Begriff staatliche Aufgabe bzw. Staatsaufgabe	
3.	6	
II.	Grundpfeiler der Organisation des Schornsteinfegerwesens	
	Der Kehrzwang	
	Die Einrichtung von Kehrbezirken	
3.	Das Kehrmonopol	. 35

III.	Zielsetzu	ung bei der Wahl dieser Rechtsstruktur	. 36
IV.	Unmittel	Ibare Folgen dieser Rechtsstruktur	. 37
1.	Rechtsst	atus des Bezirksschornsteinfegermeisters	. 37
	a) Der E	Bezirksschornsteinfegermeister als Gewerbetreibender	. 37
		Bezirksschornsteinfegermeister als Beliehener	
	aa) Be	leihungstheorien	. 38
	(1)	Die Aufgabentheorie	. 39
	(2)	Die Befugnis- oder Rechtsstellungstheorie	. 39
	bb) Qu	alifikation der Aufgaben des Bezirksschornsteinfegermeisters	. 40
	(1)	Aufgaben und Aufgabenzusammenhang	. 41
	(a)	Die Feuerstättenschau	.41
		Die Bauabnahme	. 43
	(c)	Aufgaben auf dem Gebiet des Immissionsschutzes und	
		der rationalen Energieverwendung	. 44
	(2)	Berufspflicht und Weisungsgebundenheit	. 46
	(3)	Aufsicht	. 47
	(4)	Rechtsbeziehung und Haftung des	
		Bezirksschornsteinfegermeisters	. 47
	(a)	Tätigkeiten des Bezirksschornsteinfegermeisters, die	
		nicht unter § 3 Abs. 2 Satz 2 SchfG fallen	. 47
	(b)	Der Bezirksschornsteinfegermeister bei	
		den Tätigkeiten nach § 3 Abs. 2 Satz 2 SchfG	. 48
	cc) Qu	alifikation der Befugnisse der	
		zirksschornsteinfegermeister	
	(1)	Befugnisse bei der Feuerstättenschau	. 51
	(2)	Befugnisse bei der Bauabnahme	
		gem. § 13 Abs. 1 Nr. 4 und 9 SchfG	. 53
	(3)	Befugnisse auf dem Gebiet des Immissionsschutzes	
		sowie der rationalen Energieverwendung	
	(4)	Befugnis, Gebührenbescheide zu erlassen	
		mmenfassung	
2.		ation des Kehrmonopols	
		opol im Rechtssinne	
	b) Kehri	monopol als Gebietsmonopol	. 56
		monopol als Verwaltungsmonopol	
		monopol als Angebotsmonopol	
	e) Zusai	mmenfassung	. 58
V.		re Folgen der Rechtsstruktur	
1.		verbungs- und Bestellungsverfahren	
		llungsvoraussetzungen	
		bjektive Bestellungsvoraussetzungen	
		jektive Bestellungsvoraussetzungen	
		ellungsverfahren	
2.	Aufgabe	nkatalog	. 61

	Nebenerwerbsverbot § 14 Abs. 1 SchfG	
4.	Gebührenordnung	. 62
5.		
	a) Altersgrenze	
	b) Zusatzversorgung der Bezirksschornsteinfegermeister	
6.	Residenzpflicht	. 64
7.	Pflichtmitgliedschaft in der regionalen Feuerwehr	
VI.	Zusammenfassung erster Teil	
2. Teil:	Das geltende Schornsteinfegerrecht im Lichte des Europarechts	. 67
§ 4	Verstoß gegen die Niederlassungsfreiheit	
I.	Eröffnung des Anwendungsbereichs	. 67
1.	Niederlassungsbezug	. 67
	a) Selbstständige Erwerbstätigkeit	. 68
	b) Gründung und Leitung von Unternehmen	. 68
	c) Primäre und sekundäre Niederlassung	. 69
2.	Grenzüberschreitender Bezug	. 70
3.	Zusammenfassung	. 70
II.	Keine mit der Ausübung öffentlicher	
	Gewalt verbundene Tätigkeit, Art. 45 Abs. 1 EG	. 71
1.		
2.		
	a) Perspektive der Begriffsbestimmung	. 73
	b) Abstrakte Definition für "Ausübung öffentlicher Gewalt"	. 74
	c) Gemeinschaftsrechtliche Kriterien	
	aa) Tätigkeit mit besonderen Befugnissen	
	(1) Sonderrechte, Hoheits- und Zwangsbefugnisse	
	(2) Handlungsformen	. 76
	bb) Technische und vorbereitende Tätigkeiten	
	cc) Tätigkeit mit Außenwirkung gegenüber Bürgern	.77
	dd) Tätigkeit nicht nur bei Gelegenheit	. 77
3.	Die Tätigkeit der Bezirksschornsteinfegermeister	
	in Ansehung der gemeinschaftsrechtlichen Kriterien	. 78
	a) Tätigkeiten des Bezirksschornsteinfegermeisters	
	mit besonderen Befugnissen	. 78
	aa) Erlass von Verwaltungsakten	. 78
	bb) Datenübermittlung nach § 19 SchfG	. 78
	cc) Betretungsrecht nach § 1 Abs. 3 SchfG	. 79
	b) Rechtsnatur der Beziehung zwischen	
	Bezirksschornsteinfegermeister und Grundstückseigentümer	. 80
	c) Sind die Tätigkeiten des Bezirksschornsteinfegermeisters	
	lediglich vorbereitender oder technischer Natur?	. 82
	d) Haben die Tätigkeiten des Bezirksschornsteinfegermeisters	
	Außenwirkung gegenüber einem Bürger?	
4.	Zusammenfassung.	. 82

III.	Verstoß gegen sekundärrechtliche Vorgaben mit	
	Bezug zu einer dauerhaften Niederlassung als Schornsteinfeger	84
1.		
	a) Maßgebliches Gemeinschaftsrecht	
	b) Anwendungsbereich der RL 2005/36/EG	
	aa) Angehöriger eines anderen Mitgliedstaats	
	als Selbstständiger oder abhängig Beschäftigter	87
	bb) Reglementierter Beruf und keine Ausnahme	87
	c) Die EU/EWR HwV in Ansehung der	
	Berufsanerkennungsrichtlinie	88
	aa) Vorgaben der Berufsanerkennungsrichtlinie	
	bb) Anwendung der Richtlinie auf den Schornsteinfegerberuf	
	cc) Die Anerkennung als Schornsteinfeger in Deutschland nach	
	der EU/EWR HwV und die Vorgaben der	
	Berufsanerkennungsrichtlinie	90
2.	Verstoß durch den § 1 Nr. 1 VOSch	
3.	Ergebnis: Verstoß gegen Sekundärrecht mit Niederlassungsbezug	94
IV.	Verstoß gegen die primärrechtlichen	
	Vorgaben der Niederlassungsfreiheit gem. Art. 43 EG	95
1.	Einschränkungen der Niederlassungsfreiheit	95
	a) Reichweite der Niederlassungsfreiheit	95
	b) Diskriminierung durch Regelungen	
	des deutschen Schornsteinfegerwesens	96
	aa) Offene Diskriminierung	
	bb) Versteckte Diskriminierung	97
	(1) Versteckte Diskriminierung durch Regelung des	
	Berufszugangs für niederlassungswillige Schornsteinfeger	97
	(a) Eintragung in die Bewerberliste	
	(b) Nachweis der gesundheitlichen Eignung	
	(c) Nachweis der praktischen Tätigkeit, § 5 Abs. 1 Nr. 3 SchfG	99
	(2) Versteckte Diskriminierungen	
	durch die Wohnsitznahmepflicht § 17 SchfG 1	00
	c) Behinderungen durch Regelungen	
	des deutschen Schornsteinfegerwesen	
	aa) Reichweite des Behinderungsverbots	01
	bb) Mögliche Behinderungen durch Regelungen im	
	Zusammenhang mit der Organisation des deutschen	0.1
	Schornsteinfegerwesens 1	.01
	(1) Behinderung der Niederlassungsfreiheit durch die	Λ1
	Errichtung von Kehrbezirken und das Kehrmonopol 1	
	(2) Behinderung durch Verbot der Nebentätigkeit	02
	(3) Behinderung durch Pflichtmitgliedschaft im	02
	Versorgungswerk	.02
	(4) Pflichtmitgliedschaft in der Feuerwehr 1	.U3

	(5) Altersgrenze, § 9 SchfG
	d) Zwischenergebnis
	Verstoß gegen die Niederlassungsfreiheit nach Art 43 EG 105
2.	Rechtfertigung der Einschränkungen der
	Niederlassungsfreiheit über die allgemeinen Grundsätze
	a) Voraussetzung der Rechtfertigung über Art. 46 EG 106
	b) Möglichkeit der Rechtfertigung
	über zwingende Gründe des Allgemeinwohls
	c) Rechtfertigung der Einrichtung von Kehrbezirken
	und der Begründung des Kehrmonopols
	aa) Rechtfertigung
	der Einrichtung von Kehrbezirken und des Kehrmonopols
	über die öffentliche Gesundheit gem. Art. 46 EG
	bb) Rechtfertigung der Einrichtung von Kehrbezirken
	und das Kehrmonopol über Belange der Feuersicherheit 109
	cc) Rechtfertigung der Einrichtung von Kehrbezirken und das
	Kehrmonopol über die Existenzsicherung für
	Schornsteinfegermeister
	dd) Rechtfertigung der Einrichtung von Kehrbezirken und das
	Kehrmonopol über den Umweltschutz als zwingenden Grund 111
	d) Rechtfertigung der Diskriminierungen im
	Zusammenhang mit dem Bestellungsverfahren
	aa) Rechtfertigung der Beschränkungen:
	Eintragung in die Bewerberliste
	(1) Die Zuverlässigkeitsprüfung nach § 1 Nr. 2 VOSch 112
	(2) Der Praktikumsnachweis nach § 1 Nr. 4 VOSch 112
	bb) Rechtfertigung der Diskriminierung: Gesundheitsprüfung 113
	cc) Rechtfertigung der Diskriminierung:
	Tätigkeitsnachweis nach § 5 Abs. 1 Nr. 3 SchfG114
	e) Rechtfertigung der Diskriminierung:
	Wohnsitznahmepflicht gem. § 17 SchfG115
	f) Rechtfertigung der Beschränkung:
	Nebentätigkeitverbot
	g) Rechtfertigung der Beschränkung:
	Altersgrenze gem. § 9 SchfG
	h) Rechtfertigung der Beschränkung:
	Pflichtmitgliedschaft in der Feuerwehr
3.	Ausnahme für das Kehrmonopol über Art. 86 Abs. 2 EG
٥.	
	a) Anwendbarkeit des Art. 86 Abs. 2 EG auf die
	Niederlassungsfreiheit
	b) Ausnahme von der Anwendung der
	Niederlassungsfreiheit nach Art. 86 Abs. 2 EG
	aa) Unternehmen

	bb) Betraut mit Dienstleistungen von	
	allgemeinem wirtschaftlichen Interesse	
	(1) Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse	120
	(2) Betrauungsakt	122
	cc) Unabdingbarkeit der Beschränkung der	
	Niederlassungsfreiheit zur Aufgabenerfüllung	123
	(1) Bestimmung des Maßstabs	123
	(2) Aufgabenerfüllung im Falle der Aufhebung des	
	Kehrmonopols	125
	(3) Verhältnismäßigkeit der Nichtanwendung	
	(a) Geeignetheit	
	(b) Erforderlichkeit	
* 7	c) Ergebnis bzgl. Kehrbezirkseinteilung und Kehrmonopol	
V.	Ergebnis: Verstoß gegen die Niederlassungsfreiheit	
§ 5	Verstoß gegen die Dienstleistungsfreiheit	
Ι.	Eröffnung des Anwendungsbereichs der Dienstleistungsfreiheit	131
II.	Verstoß gegen sekundärrechtliche Vorgaben	
	mit Bezug zur vorübergehenden Dienstleistungserbringung	132
III.	Verstoß gegen	
	primärrechtliche Vorgaben der Dienstleistungsfreiheit	
IV.	Ergebnis: Verstoß gegen die Dienstleistungsfreiheit	
§ 6	Verstoß gegen europäische Wettbewerbsvorschriften	
I.	Vorbemerkungen	
	Abgrenzung zu Art. 82 EG direkt	
2.	Abgrenzung zu Art. 10 EG	
II.	Tatbestandsvoraussetzungen des Art. 86 Abs. 1 EG	
1.	Unternehmen	
2.	Besonderes Rechtsverhältnis	
	a) Öffentliches Unternehmen	
2	b) Begünstigte Unternehmen	
3. III.	8	141
111.	Staatliche Maßnahme,	1 / 1
1	die mit einem Wettbewerbsrechtsverstoß einhergeht	
1. 2.	Staatliche Maßnahme im Widerspruch zum Vertrag Marktbeherrschende Stellung	141
۷.	auf einem wesentlichen Teil des Gemeinsamen Marktes	1/12
	a) Abgrenzung des relevanten Marktes	
	b) Beherrschende Stellung	143
	auf einem wesentlichen Teil des gemeinsamen Marktes	144
3.	Wettbewerbsrechtsverstoß durch Maßnahmen,	177
٥.	die einen Missbrauch der marktbeherrschenden Stellung bewirken	145
	a) Missbräuchliche Preise.	
	b) Missbrauch durch Erstreckung des Ausschließlichkeitsrechts.	
	2, 2.2.2.2.2.2.2.2.2.2.2.2.2.2.2.2.2.2.2	0

4	Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels	140
IV.	Anwendungsausschluss durch Art. 86 Abs. 2 EG	
V.	Ergebnis: Verstoß gegen europäische Wettbewerbsvorschriften	
	Ergebnis in Ansehung des europäischen Rechts	
§ 7	0 1	133
3. Teil:	Der Gesetzentwurf	1.5.5
0.0	zur Neuregelung des Schornsteinfegerwesens	155
§ 8	Inhaltliche Ausgestaltung des Gesetzentwurfs	
I.	Zielsetzung der Bundesregierung	
II.	Ausgestaltung des Schornsteinfegerrechts nach neuem Recht	155
1.		
	zur Neuregelung des Schornsteinfegerwesens	156
2.	SchfHwG.	
	a) Zusammenschau	
	b) Bezirksbevollmächtigte und Kontrollaufgaben	157
	c) "Nur"-Schornsteinfeger und allgemeine	
	Schornsteinfegertätigkeiten	160
	d) Rechtssetzungs- und Vollzugszuständigkeiten	
	aa) Bundesebene	161
	bb) Landesebene 161	
3.	Änderungen am SchfG	162
4.	Übergangsregelungen	163
§ 9	Verfassungsrechtliche Überprüfung des Gesetzentwurfs	165
I.	Einleitung	
II.	Formelle Verfassungsmäßigkeit	165
1.		
	a) Kompetenztitel	
	b) Erforderlichkeit der Gesetzgebung	
	durch den Bund, Art. 72 Abs. 2 GG	168
	c) Kompetenzüberschreitung des Bundesgesetzgebers	
2.	Das Gesetzgebungsverfahren	
III.	Materielle Verfassungsmäßigkeit	
1.	Grundrechte der Bezirksschornsteinfegermeister (§ 3 SchfG)	
	a) Verlust der Kehrbezirke nach § 48 SchfHwG	
	aa) Berufsfreiheit der Bezirksschornsteinfegermeister, Art. 12 GG	
	(1) Schutzbereich	
	(2) Eingriff in die Berufsfreiheit der	
	Bezirksschornsteinfegermeister	176
	bb) Eigentumsgarantie des Art. 14 GG	
	(1) Die Bestellung zum Bezirksschornsteinfegermeister	- , ,
	als eigentumsmäßig verfestigte Rechtsposition	177
	(2) Der Bezirksschornsteinfegermeister als	
	eingerichteter und ausgeübter Gewerbebetrieb	178
	b) Pflicht zur Beschäftigung eines Gesellen nach § 15 SchfG	
	of I mont zur Deschattigung eines Geschen nach g 13 seine	100

	aa) Berufsfreiheit
	der Bezirksschornsteinfegermeister, Art. 12 Abs. 1 GG 181
	(1) Schutzbereich und Eingriff
	(2) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung
	bb) Weitere Grundrechtseingriffe
2.	Grundrechte der Bezirksbevollmächtigten
	a) Grundrechtsverstoß durch die Pflichtmitgliedschaft im
	Versorgungswerk für Schornsteinfeger
	aa) Verstoß gegen Art. 9 Abs. 1 GG
	bb) Verstoß gegen Art. 12 Abs. 1 GG
	cc) Verstoß gegen Art. 14 Abs. 1 GG
	dd) Verstoß gegen Art. 2 Abs. 1 GG
	ee) Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1 GG
	b) Grundrechtsverstoß durch gesetzlich geregelte Vergütung 193
3.	Grundrechte der "Nur"-Schornsteinfeger
	a) Anspruch auf Beleihung aus Art. 12 Abs. 1 GG
	b) Verstoß gegen die Berufsfreiheit durch die Differenzierung
	zwischen Bezirksbevollmächtigten und
	den "Nur"-Schornsteinfegern
	aa) Eröffnung des Schutzbereichs
	bb) Eingriff in die Berufsfreiheit durch Unterteilung
	in Bezirksbevollmächtigten und "Nur"- Schornsteinfeger 199
	cc) Rechtfertigung des Eingriffs in die Berufsfreiheit
	c) Verletzung des Gleichheitssatzes gem. Art. 3 Abs. 1 GG 204
	d) Schutz der freien wirtschaftlichen Betätigung
	aa) Einschlägiger Schutzbereich und Eingriff
4.	bb) Rechtfertigung des Eingriffs in die Wettbewerbsfreiheit211 Grundrechte der Kehr- und Überprüfungspflichtigen214
4.	a) Verletzung der allgemeinen Handlungsfreiheit
	durch die Kehr- und Überprüfungspflicht214
	b) Verletzung der allgemeinen Handlungsfreiheit
	durch Kontrahierungszwang mit dem Bezirksbevollmächtigten 215
IV.	Ergebnis:
1 7 .	Verfassungsrechtliche Überprüfung des Gesetzentwurfs
§ 10	Europarechtliche Überprüfung des Gesetzentwurfs
I.	Verstoß gegen die Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit 219
	Eröffnung der Anwendungsbereiche
	Verstoß gegen die Niederlassungsfreiheit 219
2.	a) Verstoß gegen sekundärrechtliche Vorgaben der
	Niederlassungsfreiheit
	b) Verstoß gegen primärrechtliche Vorgaben der
	Niederlassungsfreiheit
3.	Verstoß gegen die Dienstleistungsfreiheit
	5 5

	a) Verstoß gegen sekundärrechtliche Vorgaben der	
	Dienstleistungsfreiheit	225
	b) Verstoß gegen primärrechtliche Vorgaben der	
	Dienstleistungsfreiheit	226
II.	Verstoß gegen das europäische Wettbewerbsrecht	228
III.	Ergebnis: Europarechtliche Überprüfung des Gesetzentwurfs	233
4. Teil:	Alternatives Modell	
§ 11	Staatliche Rolle bei der Erfüllung von Schornsteinfegeraufgaben	
Ĭ.	Aufgabe und Verantwortung	
1.	Das Wesen der Schornsteinfegeraufgaben	
2.	Verantwortung für	
	die Wahrnehmung der Schornsteinfegeraufgaben	240
	a) Die Erfüllungsverantwortung	
	b) Die Gewährleistungsverantwortung	
	c) Die Auffangverantwortung	
	d) Staatliche Verantwortung für die Schornsteinfegerarbeiten	
II.	Möglichkeiten der Entstaatlichung	
1.	Deregulierung	244
	Privatisierung	
	a) Aufgabenprivatisierung bzw. materielle Privatisierung	246
	b) Organisationsprivatisierung bzw. formelle Privatisierung	247
	c) Funktionale bzw. funktionelle Privatisierung	248
	d) Die Beleihung im Spiegel der Privatisierungsformen	250
3.	Welche Möglichkeiten der Entstaatlichung	
	sind für das Schornsteinfegerwesen vorstellbar?	251
III.	Grenzen der Entstaatlichung	252
1.	Europarechtliche Determinanten	252
	Verfassungsrechtliche Determinanten	
IV.	. Überlegungen zum Thema "Wettbewerb und Sicherheit"	254
V.	Vorgaben für ein alternatives Modell	256
§ 12	Eigener Vorschlag	257
I.	Ziel des alternativen Modells	257
II.	Inhaltliche Ausgestaltung	258
III.	Begründung	261
Abkürzung	gen	
Literatur		270
Quellen		293